

Position der DKP Baden-Württemberg zur Volksabstimmung und wie weiter?



Nein zu Ausstiegskosten – ist kein Ja zu Stuttgart 21

1. Der Bezirksvorstand der DKP Baden Württemberg nimmt das Ergebnis zur Volksabstimmung zur Kenntnis und unterstreicht: Wir sehen keinen Grund von unserer bisherigen Position abzugehen. Wir sagen NEIN zum Milliardengrab Stuttgart 21 und JA zum Kopfbahnhof K21. Keines der Argumente die gegen S21 und für K21 sprechen wurden durch die Volksabstimmung widerlegt oder ist dadurch hinfällig. Deshalb ist es notwendig, den Widerstand gegen S21 zu verstärken. Geradezu infam ist es, wenn das Ergebnis der Volksabstimmung genutzt wird zur Aufforderung den Protest und Widerstand gegen dieses Milliardengrab nun einzustellen. Diesen massiven Angriff auf das Grundrecht für Versammlungs- und Demonstrationsfreiheit weisen wir mit aller Entschiedenheit zurück.

Mehr direkte Demokratie und nicht weniger ist die entscheidende Schlussfolgerung aus dem Widerstand gegen S21 und der Volksabstimmung.

Spiegel-Online vom Montag 28. November schreibt „Die Bagger können rollen, die Sägen los legen ... Fast 60 Prozent der Baden Württemberger wollen es so.“ Baden-Württemberg bekennt sich eindeutig zum Bahnprojekt S21. So und ähnlich berichten die Massenmedien und klingt es unisono aus den Wirtschaftszentralen und dem Landtag. Dem ist aber nicht so.

Bei der Volksabstimmung ging es nicht um die Frage Stuttgart 21 Ja oder Nein. Diese eindeutige Fragestellung **wurde bewusst verhindert**. Es ging einzig und alleine um die Frage, ob das Land aus der Mitfinanzierung von Stuttgart 21 aussteigt. Im Vorfeld der Volksabstimmung hat die Koalition immer wieder betont, die Bürgerinnen und Bürger stimmten **nicht** über das Projekt Stuttgart 21 ab, sondern ob sich das Land finanziell weiter am Projekt beteiligt. Von den S-21 Befürwortern wurde das dann zur Abstimmung über die willkürlich von der Bahn geforderten Ausstiegskosten von 1,5 Milliarden Euro umfunktioniert. 1,5 Mrd. für nichts war ihre Losung, eine Mehrheit der Bürger stimmte dann mit Nein, um diese Kosten zu sparen.

Jetzt allerdings werden Kosten ohne Ende auf die Steuerzahler zukommen. Der Koloss S21 steht nicht nur finanziell sondern auch technisch und politisch auf tönernen Füßen. Gleich nach der Volksabstimmung ließ Bahnchef Rüdiger Grube die Katze aus dem Sack. Er verlangt: Wenn die Kosten aus dem Ruder laufen und der Kostenrahmen nicht zu halten ist gehöre es, zur Förderpflicht dass sich das Land an etwaigen Zusatzkosten beteilige. „Es darf sich keiner in die Ecke setzen und sagen: Ich nicht.“ Bis heute verschweigt er die wahren Kosten, die der Bahn mindestens seit 2009 vorliegen.

Volksabstimmung: Wahre Demokratie oder Parodie auf echte Bürgerbeteiligung?

Stern Reporter Arno Luik formulierte wenige Tage vor der Volksabstimmung. „Was nach großer Demokratie klingt, ist eine Farce. Eine Entmündigung der politischen Bürger. Eine Parodie auf eine echte Bürgerbefragung.“ Von vorneherein gab es keine Chancengleichheit.

Dazu muss Mann/Frau wissen, Baden Württemberg trägt die Rote Laterne bei direkter Bürgerbeteiligung. Die Projektgegner waren von vornherein benachteiligt. Von Beginn an war klar, dass das undemokratische Quorum von einem Drittel aller Wahlberechtigten bei der Volksabstimmung nicht erreichbar ist. Bei einem solchen Quorum gäbe es kaum noch Bürgermeister oder Oberbürgermeister im Lande, ja nicht einmal eine Landesregierung

Die Volksabstimmung war keine Forderung der Gegner von Stuttgart 21. Der in die Enge getriebene Landesvorsitzende der SPD, Nils Schmidt, uneingeschränkter Befürworter von Stuttgart 21 hat sie „aus dem „Hut gezaubert“ um:

- a.) der Bewegung das Wasser abzugraben
- b.) das Milliardengrab Stuttgart 21 durchzusetzen
- c.) eine scheinbare demokratische Legitimation für das umstrittene Projekt zu schaffen. die eigene zerstrittene Partei zu befrieden, eine Mitgliederbefragung innerhalb der SPD traut er sich nicht durchzuführen.

Die DKP fordert: Zukünftig müssen einfache Mehrheiten bei solchen und ähnlichen Projekten genügen. Eine Volksabstimmung muss am Anfang stehen. Dazu gehört, dass alle Fakten, Kosten und Risiken dem Volk und den zuständigen Gremien offen und ehrlich vorgelegt werden. Wir fordern **Abschaffung des Quorums, sowie runter mit den Hürden für ein Volksbegehren.**

Millionenbeiträge der Wirtschaft für PR-Aktion

Das Quorum wurde nicht erreicht, auch nicht eine einfache Mehrheit. Das Ergebnis ist für die Gegner von S21 kein Grund zum Jubeln, aber Grund stolz zu sein auf den bisherigen beispiellosen Widerstand. Erreicht wurde eine starke Politisierung und Mobilisierung. Das „Ländle“ wurde auf gemischt. Es wurde eine hohe Wahlbeteiligung, durch die Mobilisierung vor Ort erreicht. 1,5 Millionen Menschen in Baden Württemberg wurden für den Ausstieg gewonnen. Das ist deutlich mehr als bei der Landtagswahl für die Gegner von S-21, nämlich Linke und Grüne, gestimmt haben. In den besonders stark betroffenen Innenstadtgebieten von Stuttgart wurde das Quorum für den Ausstieg erreicht. Beachtliche Mehrheiten gab es auch in den Städten der Rheinschiene entlang (Mannheim, Heidelberg, Karlsruhe, Emmendingen, Freiburg, Breisgau, Lörrach). Die Städte der Rheinschiene, sind am stärksten von den negativen Auswirkungen von S21 betroffen. Dort haben die Bürger offensichtlich erkannt, dass das unsinnige Milliardengrab Stuttgart 21 die Gelder bindet die für den sinnvollen Ausbau der Rheintalbahn notwendig wären.

Dieses Ergebnis wurde erzielt gegen die mächtige Phalanx von Eliten aus Wirtschaft und Politik. Vorneweg die Banken, Bahn AG, Daimler Benz, Bosch, Stihl, die Metallarbeitgeberverbände und Bauindustrie sowie alle IHKs. In ihrem Schlepptau der schwarz-gelbe Filz aus fast 60 Jahren und seine Seilschaften; Landräte und Bürgermeister, und Politiker bis hin zur Kanzlerin. Sie rührten wochenlang mit hohem finanziellem Aufwand völlig einseitig die Werbetrommel auch mit der Drohung mit den Arbeitsplätzen. In Stuttgart hat OB Schuster einen persönlichen Brief an alle Wahlberechtigten für 130.000 Euro aus dem Stadtsäckel geschrieben. Darin drohte er an, das Land zu verklagen, falls es aus der Finanzierung aussteigt. Mit bunten PowerPoint Bildchen suggerierte er der Bevölkerung einen riesigen Park, der so nie entsteht. Die Ausstiegskostenlüge der Bahn von 1,5 Mrd. € übernahm er einfach und setzte noch eins drauf mit einer Falschbehauptung, von Kosten von 1,3 Mrd. zur Sanierung des heutigen Bahnhofs die noch hinzu kämen. Das die Stadt ca. 800 Mill. € zurückbekommt für bereits bezahlte Grundstücke verschwieg er einfach. Auch der Verband Region Stuttgart machte schnell mal eine Million Euro locker für eine 16 seitige Hochglanzbroschüre, die an alle Haushalte verteilt wurde.

Die millionenschwere Manipulation durch Wirtschaftsverbände ging so weit, dass in einigen Unternehmen wie z.B. Trumpf/ Ditzingen Werbung für S 21 sogar dem Lohnzettel beigefügt wurde.

Das beachtliche Ergebnis der K21-Befürworter wurde trotz Diskriminierung und Kriminalisierung erreicht.

Kurz vor der Abstimmung wurde eine neue Kriminalisierungskampagne entfacht. Es wurde ganz gezielt in den Medien verbreitet, dass nach der Volksabstimmung in Stuttgart 9.000 Polizeikräfte zusammengezogen und auf dem Cannstatter Wasen Container aufgestellt werden, um Demonstrierende in Gewahrsam zu nehmen. Damit wurde Angst in der Bevölkerung geschürt und somit zusätzlich das Abstimmungsergebnis beeinflusst. Dies zeigt einerseits, die Betreiber von Stuttgart 21 sind sich ihrer Sache nicht sicher. Andererseits wollen sie offensichtlich den Konflikt nicht friedlich beenden, sondern mit aller Macht des Staatsapparates. Der 30. September lässt grüßen.

Widerstand wird nicht auszulöschen sein.

Der Widerstand gegen Stuttgart S21 und für die Alternative K21 hat nun über zwei Jahre die politische Landschaft geprägt weit über Stuttgart und das Land Baden Württemberg hinaus. Er hat erreicht, dass nach 58 Jahren erstmals die CDU als Regierungspartei abgewählt wurde. Mittlerweile gab es mehr als 100 Montagsdemonstrationen, mit insgesamt hunderttausenden Teilnehmerinnen und Teilnehmern. Das ist bisher einmalig. Eine solche Mobilisierung hat diese Republik bislang noch nicht erlebt. Ein bunter, breiter, kreativer, künstlerischer Widerstand, der wird nicht auszulöschen sein.

Auch nicht vom Ministerpräsidenten unseres Landes, Kretschmann, von den Grünen und auch nicht von der Landes-SPD. Kretschmann hat über Nacht vergessen, dass er auch mal gegen S21 und für K21 war. Nun wird er zum Handlanger von Banken, Spekulanten, Immobilienhain und Baukonzernen. „Staatsmännisch“ wie seine Vorgänger die Herren Mappus und Oettinger erklärt er: „Die Bahn hat Baurecht, und wir müssen gewährleisten, dass sie das Baurecht auch durchführen kann.“ Nils Schmidt fügt hinzu: „Die Landesregierung wird den Bau des Bahnhofs vollenden.“ Das derzeitige Geplänkel um die Deckelung der Kosten auf 4,5 Mrd. € ist nur ein Nebenkriegsschauplatz. Klar ist, wenn S-21 einmal begonnen wurde, der Park zerstört, eine Grube ausgehoben und die ersten Tunnel gebohrt, so wird das nicht mehr gestoppt, sondern gebaut, koste es was es wolle. Keine Landesregierung kann sich mitten in der Landeshauptstadt eine riesige Bauruine leisten und eine nicht mehr funktionierende Verkehrsinfrastruktur. Das wird für die Baukonzerne und die Bahn die Lizenz zum Gelddrucken. **Auch deshalb sagt die DKP Oben bleiben und wird dafür weiterhin aktiv sein.** Die Zukunft unseres Landes und der Jugend ist oben.

Widerstand vor neuer Aufgabenstellung.

Der Widerstand gegen S21 und für die Alternative K21 steht vor einer neuen Herausforderung und Situation. Wir haben nicht jahrelang gegen dieses wahnsinnige Milliardenprojekt gekämpft um in einer entscheidenden Phase die „Segel zu streichen“ Erstmals stehen gegen uns im Landtag nicht nur die Regierungskoalition sondern alle Landtagsparteien. Über den parlamentarischen Weg ist also noch weniger als bisher zu erwarten. Notwendig ist deshalb die außerparlamentarische Bewegung, den Widerstand vor Ort zu verstärken. Die Frage ist nicht ob, sondern wie der Widerstand weiter geführt wird. In welcher Breite und Stärke. Mit welcher Kraft und Konsequenz? Mit welcher Stoßrichtung? Mit welcher Kreativität? Mit welchen neuen und zusätzlichen Kräften? Die DKP wird sich an dieser Diskussion und den weiteren Aktionen konstruktiv beteiligen. Wir sind bereit im Bündnis mitzuarbeiten.

Der Ratschlag des Aktionsbündnisses im Stuttgarter Rathaus am 4.12. hat dazu wichtige Orientierungen gegeben. Fast 800 Menschen (viele kamen gar nicht mehr ins Rathaus) haben einmütig erklärt, dass der Widerstand auch und vor allem auf der Straße weiter geht. Montagsdemos, Aktionen des zivilen Ungehorsams, Platzbesetzungen und Blockaden. Die bunte Vielfalt ist gefordert. Es genügt nicht wie es die Grünen wollen, das Projekt kritisch zu begleiten, sondern es gilt das Projekt zu verhindern. Dabei ist klar, der Widerstand wird friedlich bleiben. Doch was friedliche Proteste in unserem Lande erwartet, wenn es um Kapitalinteressen geht, zeigen die Bilder von Gorleben und hat der 30. 9.2010 gezeigt.

Die DKP Baden Württemberg sieht vor allem folgende Punkte:

Der Druck auf die SPD/Grüne Landesregierung und auf die CDU/FDP muss aufrechterhalten werden. SPD, CDU und FDP wollen S21 durchpeitschen. Die Mehrheitsregierungs-Partei der Grünen wird das Risiko nicht eingehen, ihren ersten Ministerpräsidenten zu verlieren oder die Koalition zu gefährden. Doch darauf kann und darf der Widerstand keine Rücksicht nehmen. Dazu ist das Milliardengrab viel zu teuer. Entscheidend ist nicht was Bahn und Konzerne, Banken, Spekulanten und Immobilienhaie wollen, sondern wie sich der Widerstand vor Ort und landesweit weiter entfaltet. Dafür wird die DKP weiterhin ihren Beitrag leisten.

Aktuell sieht die DKP die Notwendigkeit, alle Kraft zu konzentrieren gegen das Fällen der Bäume im Schlossgarten und den Abriss des Südfügels gleich im Januar des kommenden Jahres, und dafür den Widerstand in vielfältiger Form zu unterstützen.

Goldgrube für die Einen – Milliardengrab für die Kleinen

Die DKP wird im Kampf gegen Stuttgart 21 stärker die soziale Komponente einbringen. Die Milliarden Steuergelder die bei S21 verbuddelt werden fehlen nicht nur für andere sinnvolle Bahnprojekte und dem Ausbau beim Regional- und Nahverkehr. Sie fehlen auch im sozialen Bereich, von den Kitas bis zur Altenpflege. Sie fehlen bei der Bildung, der Kultur, der Gesundheitsversorgung und im sozialen Wohnungsbau. Diese Gelder werden vom Milliardengrab S21 aufgesaugt. Wir werden uns dabei insbesondere an die Belegschaften in den Betrieben wenden und innerhalb der Gewerkschaften unseren Beitrag leisten. Dabei geht es darum die Erkenntnis zu verbreiten, dass das Milliardengrab S21 im Gegensatz steht zu den Interessen der Arbeiterklasse und den kleinen Leuten. Es geht darum, dass die Betroffenen selber für ihre Interessen aktiv werden müssen. In den Gewerkschaften ringen wir um die Überwindung von Widersprüchen, für die Umsetzung der Beschlüsse in gewerkschaftliches Eingreifen für K21.

Dem Kapitalismus die Stirn bieten. Notwendigkeit eines neuen Gemeinwesens

Gleichzeitig werden wir über Hintergründe, Ursachen, gesellschaftliche Zusammenhänge und weitergehende Forderungen aufklären. Der Kampf gegen S21 steht für viel mehr als nur für einen Bahnhof. „Es geht bei Stuttgart 21 um ein Milliardengeschäft für Banken, Bau- und Immobilienkonzerne“ so Bernhard Löffler der Vorsitzende des DGB in Nordwürttemberg. Wir fügen hinzu, bei S-21 geht es auch um die Interessen der Automobilkonzerne Eine schlechtere Infrastruktur im öffentlichen Nahverkehr, im Fern- und Güterverkehr fließt direkt als Profite in deren Kassen durch den Absatz von mehr Kraftfahrzeugen (PKW und LKW)

Oberstes Kriterium für S 21 war nie der bessere Bahnverkehr, sondern einzig und allein die Profitmaximierung. Es verstärkt eine gewaltige Umverteilung von öffentlichem Eigentum in Privateigentum und soll die Privatisierung der Bahn vorantreiben. An Stuttgart 21 zeigt sich die Arroganz der Mächtigen und Herrschenden. Im Kampf um Stuttgart 21 wird immer mehr deutlich: Der Kapitalismus ist weder in der Lage noch willens, für die Interessen der Mehrheit der Bevölkerung und der Arbeiterklasse zu handeln. Paul Schobel, Industrieseelsorger, sagte auf der 101. Montagsdemonstration nach der Volksabstimmung: „Wir haben dem Kapitalismus die Stirn geboten. Denn dieses Projekt trug von Anfang an eindeutig dessen Signatur.“

Der Kampf gegen S21 ist für die DKP auch ein Kampf gegen den Kapitalismus wir sind heute an einem Punkt wo ein „Weiter so“ nicht mehr möglich ist. Es geht darum, die Macht der Monopole zurückzudrängen und zu überwinden. Für die Zukunft der Menschheit brauchen wir dringend eine demokratische, soziale, umweltgerechte Gesellschaft, die das Profitprinzip überwindet, kurz eine sozialistische Gesellschaft. Dafür tritt die DKP ein.

Deutsche Kommunistische Partei
Baden-Württemberg